

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Beratungsräume
Gesamtbau
Druck an der Rennbahn
Verlagsgesellschaft m.b.H.
Aue. Zeitungen und Periodika
Gesellschaft Auerberg
Bundespostamt Nr. 52

Einzelheft: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 4.50 Mrk. Bei der Geschäftsstelle abgezahlt monatlich 4.20 Mrk.
Säcke 1-1500 Pfund und Säcke über 1500 Pfund monatlich 12.50 Mrk., monatlich 4.50 Mrk. durch den Briefträger frei ins Haus vierzig Pfund 4.40 Mrk., monatlich 4.40 Mrk. Erscheint täglich in den Nachmittagsausgaben mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.
Unsere Zeitungsmasten und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Beziehungen entgegen.

Anzeigepreise: Die Nebengespaltene Zeitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg zu 10 Pf. ausserorts Anzeigen ab 10 Pf., Reformarbeiterzeitung aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 10 Pf., sonst 20 Pf. Einzelne Abdrücke entsprechend haben. Auszugnahme bis Spalten 6°, übernimmt für Fehler im Satz vom Schriftsteller, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 189

Dienstag, den 17. August 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Der englische Militärrkommandant befahl die Innertidigungsschung von Stadt und Hafen an. Zahlreiche englische Torpedoboote kreuzten in und vor der Danziger Bucht.

Der lettische Minister des Äußeren teilte mit, daß die lettische konstituierende Versammlung am 11. August das deutsch-lettische Abkommen angenommen habe, und daß er demnächst eine lettändische Vertretung nach Berlin senden würde.

Nach einer Meldung der Teno wird Troxli die Leitung der Friedensverhandlungen diejenigen in Minsk beginnen sollten, übernehmen.

Die internationalen Sozialisten aller Länder wenden sich gegen den Munitions- und Truppentransport nach Polen.

Von Temps hat der englische Votshalter Lord Derby der französischen Regierung eine Mitteilung der englischen Regierung wegen des polnisch-russischen Konfliktes überreicht.

In der gestrigen rumänischen Kammer sitzung wurde der Friedensvertrag mit Österreich mit 221 gegen 13 Stimmen ratifiziert.

Wichtige Reden in Leipzig.

Reichspräsident und Wirtschaftsminister

über den Wiederaufbau.

Reichspräsident Ebert und Reichswirtschaftsminister Scholz sind gestern vormittag in Begleitung verschiedener höherer Reichbeamten zum Besuch der Technischen Messe in Leipzig eingetroffen. Im Rahmen, wo sich auch der sächsische Ministerpräsident Bock und eine Reihe anderer sächsischer Minister, sowie eine Anzahl weiterer hervorragender Persönlichkeiten eingefunden hatten, fand eine Begrüßung statt, bei der Kommerzienrat Rosenthal, der Vorsitzende der Rentenstelle für Interessen der Leipziger Mustermessen, in einer Begrüßungsansprache auf die schwierige Lage der Industrie hinwies, die es ebenso wie die gesamte Lage unserer Volkswirtschaft notwendig mache die verlorenen Absatzgebiete auf dem Weltmarkt wiederzuerlangen und neue zu gewinnen.

Präsident Ebert

hielt darauf eine Ansprache, in der u. a. folgendes ausführte: Meine Herren! Für die freundlichen Begrüßungsworte, die Sie mir und dem mit mir hier anwesenden Herrn Reichswirtschaftsminister gewidmet haben, sage ich Ihnen herzlichen Dank. Wir sind gern Ihrer Einladung gefolgt, um die Technische Messe, die nur zum zweiten Male als selbständige Sonderveranstaltung stattfindet, unter Ihrer Führung zu besichtigen. Die erste Technische Messe fiel in die unseligen Tage der Märzunruhen, und die Hoffnungen, die die deutsche Industrie auf sie setzte, sind fast völlig vernichtet worden. Möge nun der zweite Technischen Messe ein voller Erfolg und eine weittragende Auswirkung im In- und Auslande beschieden sein.

Als ich im Herbst vorjähriges Jahres die allgemeine Mustermesse besuchte, habe ich von ihr die Überzeugung mitgenommen, daß das Pflichtbewußtsein der deutschen Arbeiter, die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie und die Nüchternheit des deutschen Kaufmanns auch in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes uns den Weg zum neuen Aufbau sichern, ja, ich war überzeugt, daß dieser Weg bereits mit gutem Erfolg beschriftet worden ist. Damals, auf der Herbstmesse, war die technische Musterausstellung nur ein Glied, eine Abteilung der allgemeinen Mustermesse. Das unsere Technik, einst die stolze Kinderarbeit deutscher Erfindungsgabe und systematische Arbeit im Auslande, nun trotz der aufgezwungenen wirtschaftlichen und finanziellen Lasten den Mut und die Kraft in sich fühlt, mit einer besonderen technischen Messe vor das In- und Ausland zu treten, daß die Musterausstellung von Maschinen, technischen und elektrotechnischen Erzeugnissen durch ihren Umfang und ihre Bedeutung eine zeitliche und räumliche Trennung von der allgemeinen Messe notwendig gemacht hat, muß uns mit lebhafter Freude und starker Zuversicht erfüllen. Was Sie in schwerster Zeit hier durch die Wiederbelebung der allgemeinen Mustermesse und durch die Neuabschaffung der technischen Messe geleistet haben, ist für die Volkswirtschaft Deutschlands von größter Bedeutung. Diese Konzentration deutscher Fleißes, deutscher Tatkraft und Unternehmungsgeistes, diese Demonstration hochqualifizierter deutscher Arbeit ist uns die beste Gewähr für eine baldige Wiedererstarkung unserer Volkswirtschaft. Das, was hier in den Leipziger Messen dargestellt wird, rechtfertigt und bestätigt das Vertrauen, daß Deutschlands Handel und Industrie alles einsegnen, um in friedlichem Wettkampf ihren Platz am Weltmarkt wieder zu erringen. Nur mit der Wiedererlangung unserer Stellung im Welthandel können wir

aus unseren innerwirtschaftlichen Noten herauskommen. Verständnis der Arbeitsteilung für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten unseres Landes und soziales Pflichtbewußtsein der Unternehmer müssen hier zusammenwirken, denn hier handelt es sich um eine Lebensfrage unseres Volkes. Unerlässlich ist deshalb die unausgesetzte Anspannung aller wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands zu zielbewußter und ehriger Arbeit. Zu einer Arbeit, für die Sie, meine Herren, vom Rat der Stadt Leipzig und vom Magistrat durch Ihre taikräftige zusammenhängende Tätigkeit unserem ganzen Volke das schönste Beispiel gegeben haben.

Im Namen der sächsischen Staatsregierung sagte

Ministerpräsident Bock

die Unterstützung der sächsischen Regierung für die Verbesserungen des Reiches und der deutschen Industrie zu. Der Direktor des Reiches Dr. Köhler behandelte alsdann in längeren Ausführungen das noch heute lebhafte umstrittene Problem der Abtrennung der Technischen Messe von der allgemeinen Mustermesse und sprach die Hoffnung aus, die diesjährige Herbstmesse möge dazu beitragen, daß wir aus der wirtschaftlichen Art einen gehörigen Schritt heraustun. Hierauf traten die Gäste einen Rundgang durch die Reichspaläste und Ausstellungen an. Um 1 Uhr fand unter Teilnahme des Reichspräsidenten, sowie der Reichs- und Staatsminister ein Festessen statt.

Die Rede des Reichswirtschaftsministers.

Beim Festmahl in der Harmonie ergriff Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz das Wort zu einer Ansprache, in der er ausschlägt, die künftige Politik der Staaten wird in erster Linie eine wirtschaftliche sein, oder sie wird nicht sein. Wenn diese Weisheit noch nicht aufgewandt war im deutschen Volke, den werden die Verhandlungen von Versailles und Spa belegt haben. Seitdem oder nie ist wohl weniger Menschen eine solche Macht, zu beglühen oder zu verbergen, vom Schicksal in die Hand gelegt worden, wie dort den jährenden Männern der Entente. Ob sie sie ausgesetzt haben im Sinne der Befreiung des Menschen, darf mindestens bezweifelt werden. Jedenfalls ist in den gesamten Friedensverhandlungen die Bande Europa nicht so umgestaltet worden, wie es gesunden wirtschaftlichen Gesichtspunkten entspreche. Alle wirtschaftlichen Zusammenhänge sind zerissen und neue Staaten gebildet worden, die keine wirtschaftliche Selbstständigkeit besitzen, und insbesondere sind unserem armen Vaterlande wirtschaftliche Lasten auferlegt worden, welche es aller Verantwortung nach nicht oder nur unter schwersten Erschütterungen wird tragen können, Lasten, von denen wir dringend hoffen müssen, daß sie erleichtert werden, nicht nur in unserem Interesse, sondern im Interesse der Welt. Das alles trifft uns in einem Augenblick, in welchem wir infolge des mörderischen Krieges einerseits an stärkstem Rohstoffmangel, andererseits an erheblich geschwächter Arbeitskraft leiden. Helfen kann uns da nur die deutsche Technik und der deutsche Geist; die deutsche Technik, indem sie wirtschaftlichere Arbeitsmethoden erfindet und arbeitsparende Maschinen herstellt, wie wir sie auf der Technischen Messe bewundern durften, und der deutsche Geist, der weiter denkt, dichtet und schreibt, trotz aller Papiernot, wie uns der Gang durch die deutsche Bibliothek bewies. Vor einigen Tagen sah ich an einem Hause am Ossenstrand einen feinen knappen, kräftigen Aussprache, an welchen die alte Hansa so reich ist: Wer refft, ist feige. Das will heißen, der Wagniswütige soll immer mit vollen Segeln fahren. So hat die Möglichkeit, so haben die Russen und die Stadt Leipzig sehr gut gemacht, sie haben unserem geliebten Vaterlande erneut Mut und Vertrauen in seine wirtschaftliche Kraft eingeblowt.

Das Entwaffnungsgesetz.

Von unterrichteter Seite wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Das vom Reichstag beschlossene Entwaffnungsgesetz ist am 11. August mit seiner Veröffentlichung in Kraft getreten. Wenn es gleichwohl seinem Hauptzweck nach noch nicht in Wirklichkeit getreten ist, so erklärt sich dies daraus, daß das Gesetz es dem mit scharfer Ausführung beauftragten Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung vorbehält, die Termine für die Ablieferung festzulegen und eine genaue Definition dessen zu geben, was unter dem Begriff Militärwaffen zu verstehen ist. Das Gesetz bedarf demnach noch einer Reihe von Ausführungsbestimmungen, die der Reichskommissar unter Teilnahme des von ihm vom Reichstag am die Seite gelegten fünfzehntägigen parlamentarischen Berats aufzustellen hat. Diese Ausführungsbestimmungen werden wohl schon in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Es ist damit zu rechnen, daß gleichzeitig die Auflösung der Waffen an die Bevölkerung ergehen wird.

Das Gesetz legt fest, daß alle Militärwaffen, wer sie auch in Händen haben mag, abzuliefern sind, ebenso ist jede Art von Munition abzuliefern. Von der Ablieferung der Waffen ist nur die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Verlustes mit

Waffen versehene Beamenschaften betroffen, d. h. also, nur Beamte der Polizei, der Gendarmerie und des Forstschuhs. Alle übrigen Beamten wie Beamten, müssen abliefern. Wer also etwa noch aus seiner Einwohnerwehrzeit ein Gewehr im Schrank stehen hat, muß sich nun wohl oder übel entschließen, es abzugeben. Das Gesetz spricht nicht und sehr gegen Überlebensauflagen außerordentlich hohe Strafen fest, für schwere Fälle bis zu fünf Jahren Bußhaus und 300000 Mark Geldstrafe! Diese schweren Strafen werden auch denjenigen drohen, der zwar nicht selbst Waffen besitzt, aber der vom Gesetz ausgeschlossenen Anzeigepflicht nicht nachkommt; dem Wortschatz nach ist zur Anzeige jedermann verpflichtet, der von Waffen oder Munitionslagern Kenntnis hat oder Kenntnis erhält. Es ist nur anzunehmen, daß man nicht gleich mit aller Strenge des Gesetzes vorgehen wird. Vermutlich wird man eine gewisse Frist für die freiwillige Abgabe der Waffen festlegen und zunächst mit den Mitteln der Überredung und vielleicht auch der Belohnung möglichst viel im Guten zu erreichen suchen. Es ist zu hoffen, daß man in allen Schichten für die Notwendigkeit des Gesetzes, zu dessen Erlass und Durchführung Deutschland durch die Unterschriften von Versailles und Spa gezwungen ist, soviel Verständnis finden wird, daß sich größerer Widerstand nirgends bemerkbar macht. Sollte bedauerlicherweise dieser Fall doch eintreten, so gibt das Gesetz dem Reichskommissar sehr weitreichende Befugnisse in die Hand. Er hat die Verfügung über die gesamten Machtmittel des Reiches und der Länder, über Reichswehr und Sicherheitspolizei. Der vom Reichspräsidenten zum Reichskommissar für die Entwaffnung ernannte Dr. Peter ist bekannt als ein vorsichtiger und ruhiger, aber auch sehr zielbewußter und energischer Mann und dürfte seiner schweren Aufgabe voll gewachsen sein.

Deutschland und Frankreich.

Die volkliche Niederlage ist eine Niederlage Frankreichs, und zwar sowohl in militärischer wie politischer Hinsicht. Diese Tatsache braucht nicht im einzelnen bewiesen zu werden, sie leuchtet auch dem einfachsten Geist ohne weiteres ein, denn es gibt auf dem ganzen Erdball wohl keinen politisch denkenden Menschen, der nicht weißt, daß Polen die Rolle des französischen Soldaten gegenüber Deutschland zu spielen verfügt ist. Daher die übergeordnete und absprechende Haltung Millerands gegenüber den immer erneuten Versuchen der zielbewußten englischen Verhandlungspolitik, daher die französischen Institutionsoffiziere und Abschnittskommandeure an der politischen Front und daher jetzt die verhängnisvolle französische Aktion mit dem Bielefelder zusammenbringen einen militär-politischen Ausgleich am Rhein zu schaffen. Die französische Presse hat es ganz ähnlich offen zugestanden: da der Sieg der Bolschewisten im nahen Osten aus dem Bau der französischen Sicherungen einen der stärksten Säppeler herausgerissen hat, müsse man durch Besiegung des Saargebietes andere Sicherheiten schaffen. Die Unverhofftheit in der bekannten Flaggenaffäre war ein weiteres Zeichen für diese geradezu monoman anmutende Politik Frankreichs, und alles in allem erkennt man mit erschreckender Deutlichkeit, daß das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich der vielleicht schwersten Krisis entgegengesetzt ist, die zu denken ist. Die jüngste Entscheidung des Obersten Rates, die das Reichsgericht im schroffsten Gegenzug zu dem Ergebnis des Würtemberg-Mainzgebiets in Württemberg gewaltsam: den Volken aufzuzeigen, wird in Deutschland sicherlich nicht mit Unrecht in erster Linie gleichfalls auf das französische Konto geschrieben, und die geradezu ungeheurelle Tatsik der Saarländer Regierungskommission, die unter der Zustützung des französischen Oberkommissars steht, spricht in so krasser Weise aller Gerechtigkeit beraubt, daß die Reichsregierung sich gezwungen gesehen hat, in einer beschwerdeführenden Note auf die geradezu unabrebbaren Folgen hinzuweisen, die sich schon jetzt ergeben haben. Mit Recht sieht sich daher in der deutschen Deutlichkeit stärker und stärker die Überzeugung fest, daß Frankreich sich im Westen mit allen Mitteln auf Kosten Deutschlands für die Verluste an Menschen und Städte im Osten zu revanchieren versucht. Mit Recht erklärt man bei uns, daß der Beamtenstreik im Saargebiet, der durch die rücksichtslose Berieselungspolitik der Franzosen geradezu erzwungen worden ist, daß die Meldungen von der Ansammlung großer französischer Truppenmassen im besetzten Gebiet und in Elsaß-Lothringen nichts als bündige Beweise für diese Revanchegeklüste darstellen. Die deutsche Note war daher nur allzu gut begründet, und man muß dringend Menschenrecht darüber ablegen, wie notwendig es ist, auf die in ihr erwähnten Vorgänge im Interesse Europas ein scharfes Auge zu haben.

Deutscher Funksprach nach Moskau.

Nachstehender Funkspruch wurde am 13. d. M. nach Moskau gesandt:

Auf Anfrage vom 12. August Nr. 1825. In Durchführung unserer Neutralitätserklärung werden polnische Truppen, die sich in das Würtemberggebiet zurückziehen, interniert und entwaffnet.